

Calmer Tagblatt

Nr. 215.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Seite 60 Pfg. Restlosum 2.— M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Mittwoch, den 15. September 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 12.— vierteljährlich, Postbezugspreis M. 12.90 mit Postgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Das Ergebnis von Aix-les-Bains.

Wenn manche geglaubt hatten, die Konferenz von Spa habe heute gewissermaßen die Grundlage für eine Entwicklung zur Revision des Versailler Verschlusssfriedens, so dürften sie nach den Verhandlungen von Aix-les-Bains aus ihren Illusionen jäh erweckt worden sein. Die vorhergehenden Besprechungen zwischen Giolitti und Lloyd George, sowie diesem und Millerand galten natürlich der gegenseitigen Unterrichtung über die beide Parteien jeweils besonders interessierenden Fragen, so dann aber auch der allgemeinen politischen Lage hinsichtlich der Vorgänge im Osten und der daraus sich ergebenden Haltung der Entente. Die Konferenz von Aix-les-Bains bildete nun den Schlüsselpunkt dieser Aussprache mit dem Ergebnis, daß sich die drei Parteien gegenseitig ihre Ansprüche garantierten, und daß man sich schließlich darüber einig war, sowohl Rußland als Deutschland gegenüber geschlossen vorzugehen. Frankreich hatte wohl den beiden Freunden auf ihren speziellen Interessengebieten Zugeständnisse gemacht, und so war man eben auch den französischen Wünschen, die darauf ausgehen, Deutschland nicht zu Atem kommen zu lassen, und vor allem bei jeder Gelegenheit der Welt zu zeigen, daß Deutschland kein Staat mehr ist, mit dem auf gleicher Basis verhandelt wird. Man hat bei uns noch gar nicht erkannt, was es für das Ansehen eines Volkes bedeutet, wenn es dauernd unter Kuratel steht. Schon die kleinen Neutralen dürfen es wagen, über Deutschland mitteilend oder spöttisch die Ärseln zu zuden. Und es schmerzt umso mehr, als es gerade germanische Völker sind, die Deutschland in seiner Blüte gewaltige kulturelle Werte verdanken, und die heute schon danach streben, den Romanen und Angelsachsen zu Willen zu sein. Die Entente hat aber natürlich das größte Interesse, Deutschlands Ansehen überall zu unterdrücken, und damit unsere wirtschaftliche, politische und kulturelle Geltung zu treffen. In diesem Sinne haben wir auch die Umwandlung der Gefinnung der Entente bezüglich der Konferenz von Genf, deren Abhalten bekanntlich in Spa beschlossen worden war, zum Zwecke der Festsetzung der sogenannten „Wiedergutmachungssumme“ aufzufassen. Frankreich war es schon unangenehm gewesen, daß man in Spa die Deutschen überhaupt zu Verhandlungen kommen ließ, und daß man nicht einfach in der Kohlen- wie in der Entwaffnungsfrage diktiert hat. Bekanntlich wurde zur Abmilderung des dadurch etwa erweckten Eindrucks, daß man Deutschland nachgegeben haben könnte, von Frankreich das Belegungsrecht bezüglich weiterer deutscher Gebiete durchgedrückt, um zu zeigen, daß man Deutschland gegenüber nicht den Standpunkt gleichberechtigter Verhandlungsparteien annehmen, sondern denjenigen von Herrn und Sklaven oder aber Richter und Angeklagten, wie seit dem Waffenstillstand gewohnt wissen will. Um nach dieser Richtung neue „Vorteile“ für die Deutschen zu verhindern, wurde die Konferenz von Genf hintertrieben. England und Italien haben an der „Wiedergutmachung“ nicht das Interesse wie Frankreich, und so wurde die Führung im sogenannten Wiedergutmachungsausschuß den Franzosen übertragen, die natürlich das größte Interesse haben, aus Deutschland das Letzte herauszuholen, nicht weil sie etwa ein Recht auf diese Entschädigungen hätten, — denn jedermann kennt die in Frankreich seit Jahrzehnten betriebene Kriegsbeute —, sondern weil sie Deutschland wirtschaftlich und kulturell, und damit völlig dauernd unterhalten wollen. Deshalb sollen nach dem neuesten Beschluß der Entente, der von Frankreich durchgedrückt wurde, zuerst von den Deutschen Vorschläge mit Unterlagen, verlangt werden, damit man möglichst viel Material hat, um die Forderungen entsprechend hochschrauben zu können. Von Ententeleistungen hört man wenig, weil man sich eben Zeit lassen will, und so die Expansions- und Demoralisationspolitik besser durchführen kann. Das ist doch klar: solange man nicht weiß, was die Entente an wirtschaftlichen und finanziellen Leistungen von Deutschland verlangt, solange wird auch der Wert des deutschen Geldes nicht steigen. Und das will nicht nur Frankreich, das will die ganze Entente mit Einschluß Amerikas. Es brauchte daher nicht erst offiziell von Havas veründet werden, daß die Konferenz von Aix-les-Bains die vollständige Einigkeit der Entente in bezug auf die restlose Durchführung der Friedensverträge von Versailles, St. Germain, Sevres, und wie sie alle heißen, in denen die Welt Herrschaft der Entente — und die wirtschaftliche und politische Verklammerung der Völker deutscher Zunge, sowie der türkischen Völker festgelegt wurde; das wußte jeder vom Phrasentum der Entente nichtumbehalten, daß die Alliierten in bezug auf diese Fragen einig waren und — stets

einig sein werden, solange nicht andere Machtverhältnisse den einen oder andern zu einer andern Stellung veranlassen. Um diese Machtverhältnisse aber dauernd aufrechterhalten zu können, will man jetzt, wie der Havasbericht so schön heuchlerisch zu verstehen gibt, an die „Pazifizierung“ der ganzen Welt gehen, selbstverständlich im Sinne der Entente. Auch hier wird mit „moralischen“ Schlagwörtern operiert. Während die Entente lediglich darauf ausgeht, durch Stärkung des polnischen Imperialismus und Bildung von Randstaaten in Rußland die Russen als wichtigen Faktor der Weltpolitik auszuschalten, spricht sie davon, daß jetzt Frieden werden müsse in der Welt; denn sie hat ja jetzt genug geraubt, und möchte ihre Beute erst einmal richtig verdauen. Daher die Betonung der Notwendigkeit des Friedens. O. S.

Englische Betrachtungen.

London, 14. Sept. „Daily Chronicle“ schreibt mit Bezug auf die Ergebnisse der Konferenz von Aix-les-Bains zwischen Millerand und Giolitti, Italien habe, wie klar ersichtlich sei, Konzessionen an Frankreich gemacht. Das Blatt bedauert, daß darunter auch die Preisgabe der Genfer Konferenz mit den Deutschen falle. „Daily News“ schreibt, Deutschland, das an der Konferenz teilnehmen sollte, bezog ihre Preisgabe mit einer gewissen Berechtigung als Vertrauensbruch. Die Alliierten hätten den Völkerbund seinerzeit er sucht, seine internationale Finanzkonferenz in Brüssel zu verschleppen, und versprochen, daß dem Völkerbund noch vor dem 15. September 1920 ausführliche Mitteilungen über die Regelung der Schadensersatzforderungen unterbreitet werden würden. Dieses Versprechen sei jetzt nicht gehalten worden. Die Brüsseler Konferenz müsse jetzt zusammenbrechen, ohne die versprochenen Unterlagen zu erhalten. — Das sind lediglich englische Krokodilstränen.

Französische Stimmen.

Paris, 14. Sept. Wie die Mäler melden, erklärte gestern Giolitti Vertretern der Presse, daß Deutschland zum Völkerbund zugelassen werden solle, wenn es den Willen, den Friedensvertrag auszuführen, zum Ausdruck bringe. Ob dieser Zeitpunkt nahe oder ferne sei, hänge von Deutschland ab. Bei Besprechung des Ergebnisses in Aix-les-Bains sagte „Avenir“, über die Wiedergutmachungskommission stehe kein Wort in der amtlichen Erklärung und man werde sich mit der stillschweigenden Zustimmung Giolittis zu der belgisch-französischen Vereinbarung begnügen müssen, und zwar mit der Hoffnung, daß Lloyd George zustimmen werde. Die Entschcheidung in der Sowjetfrage nennt das Blatt fürchterlich. Sie bedeutet das Ende jeder gemeinschaftlichen interalliierten Politik Rußland gegenüber, d. h. den ersten, offiziell erklärten Bruch zwischen den Ententeregierungen in einem Punkte. — Das ist natürlich Schwindel.

Frankreich gegen den Frieden mit Rußland.

London, 14. Sept. „Daily Chronicle“ schreibt zum Briefe Kamernews, es sei bemerkenswert, daß die Hoffnung des Premierministers auf die Wiedereröffnung des Handels als Mittel zum Frieden und die Regelung der osteuropäischen Frage wohl von Italien, nicht aber von der französischen Regierung geteilt werde und daß diese Frage eine der schwersten in den Beratungen zwischen den drei Ministerpräsidenten war.

Der Streit um den Kieler Kanal.

In einem „Der Streit um den Kieler Kanal“ betitelten Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird die Streitfrage erörtert, die aus Anlaß der im Kieler Kanal erfolgten Festhaltung und Zurückführung eines mit Munition aus Frankreich für Polen bestimmten dänischen Dampfers entstanden ist. Der Vorfall hat die Vorschlagskonferenz beschäftigt und dürfte zu weiteren diplomatischen Verhandlungen Anlaß geben. Französischerseits ist die Rechtmäßigkeit der Maßnahme mit der Begründung beanstandet worden, daß nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags der Kanal den Handels- und Kriegsschiffen aller Nationen im Frieden offen steht und daß diese Durchfahrtsfreiheit ohne Rücksicht auf den Charakter der Schiffsladung gewahrt werden müsse. Die Frage ist demnach, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ausführt, die, ob die deutschen Neutralitätsvorschriften auch auf den Kieler Kanal Anwendung finden, oder ob dies durch den Friedensvertrag ausgeschlossen ist. In der ersten Fassung der Friedensbedingungen, wie sie der deutschen Friedensdelegation am 7. Mai 1919 in Versailles überreicht wurden, war für den Kieler Kanal vorgesehen, daß jede interessierte Macht unter gewissen Voraussetzungen die Einföhrung einer internationalen Kanalkommission verlangen könne. Als die deutsche Delegation die Einföhrung einer solchen Kommission von der gleichen Behandlung aller anderen Verbindungsstraßen der Meere abhängig machte, haben die Alliierten jene Forderung fallen lassen. Die üb-

rigen endgültigen Vertragsbestimmungen über den Kieler Kanal begründeten die Alliierten in dem Ultimatum damit, daß der Kanal, der ausschließlich für militärische Zwecke gebaut worden sei und dessen Verwaltung Deutschland belassen werden solle, in Zukunft der internationalen Schifffahrt offenstehen müsse, damit „zu Gunsten aller ein freierer Zugang zur Ostsee gesichert werde“. Es steht also fest, daß die deutsche Staatshoheit über den Kanal grundsätzlich unberührt geblieben ist. In Anbetracht der rechtlichen Tragweite der einzelnen Vertragsbestimmungen weist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf die Bestimmung des Art. 381 Absatz 2 hin, aus dem sich ergibt, daß die den Kanal benutzenden Schiffe auf die Beobachtung der deutschen Aus- und Einföhrverbote kontrolliert werden dürfen. Sollte nun etwa behauptet werden, daß auch die Verpflichtung aus Art. 321 vor den deutschen Neutralitätspflichten den Vorrang hätte, daß also französische Munitionstransporte nach Polen auf deutschen Eisenbahnen unbeschränkt befördert werden dürfen? Dann wären diese Neutralitätsvorschriften überhaupt hinfällig. Diese Folgerung ist aber von alliierter Seite nicht gezogen worden und konnte selbstverständlich nicht gezogen werden, denn die Bestimmungen des Friedensvertrags über den gewöhnlichen Handelsverkehr können nicht die Tragweite haben, Deutschland in der Wahrung seiner Neutralitätsrechte und -pflichten einzuschränken. Ist dem aber so, dann ist auch nicht ersichtlich, welche Anhaltspunkte der Friedensvertrag dafür böte, daß die Frage hinsichtlich des Kieler Kanals anders zu beantworten wäre. Denn wenn wir von dem hier nicht interessierenden Verkehr der Kriegsschiffe absehen, sind auch die Bestimmungen über den Kanal nichts anderes als eine Regelung des gewöhnlichen Handelsverkehrs, eine Regelung, welche die auf allgemeiner völkerrechtlicher Grundlage beruhenden Pflichten eines im Krieg zwischen anderen Ländern neutralen Deutschlands nicht in Rechnung stellte und nicht in Rechnung zu stellen brauchte. Die erwähnte Bestimmung des Art. 381 Absatz 2 über die Gültigkeit der deutschen Ein- und Ausföhrverbote für den Verkehr im Kieler Kanal ist übrigens eine wörtliche Wiederholung des Art. 327 Absatz 4, der die allgemeinen Bestimmungen für den Verkehr alliierter Schiffe und Handelsgüter in den deutschen Häfen und auf den deutschen Binnenschiffahrtsstraßen enthält. Auch hier werden die Durchföhrverbote also nicht besonders erwähnt. Daraus wird niemand, auch nicht die französische Regierung, den Schluß ziehen wollen, daß deutsche Häfen den Alliierten zu neutralitätswidrigen Transporten benutzt werden dürfen.

Der Krieg im Osten.

Der polnische Bericht.

Warschau, 14. Sept. Im Generalsstabsbericht der Polen vom 13. Sept. heißt es u. a.: Im Bereiche von Sokal erreichten unsere Truppen die Linie Chrestinopol-Sokal. Nördlich von Sokal haben wir den kräftigen Widerstand des Feindes durchbrochen und den Studzianka-Fluß überschritten. Unsere Abteilungen besetzten Chociczow, Wzilug und Bystuzice. Westlich von Kowel nahmen wir trotz hartnäckigen Widerstandes des Feindes den Ort Maciejow. In der Gegend von Sopitala und Stepanki wurden wiederholte Angriffe 5 bolschewistischer Regimenter abgewiesen und der Feind zum fluchtartigen Rückzug gezwungen. Die Beute in diesem Rückzug betrug 132 Gefangene und 3 Maschinengewehre.

Der deutsche Lagebericht.

Königsberg, 14. Sept. Die litauisch-polnischen Kampfhandlung beim Gebiet von Suwalki dauern an. Die Litauer halten die Linie Wysztyrsee-Bishainy-Lipina-Smolany-Segara und Postuny-Marzyschafsch-Augustowo-Kanal bis zur Mündung in Njemen. Im Abschnitt Grodno-Njemen wurden östliche Angriffe der Bolschewisten abgewiesen, desgleichen wiederholte starke bolschewistische Gegenangriffe nördlich von Brest-Litowsk auf Sitanki. In Anschluß an die erfolgreichen Kämpfe der Polen nach der Ueberföhrung des Bug im Abschnitt Cholm besetzten weitere Abteilungen aus der Gegend von Grubshow über den Bug, erreichten den Studziankafluß und besetzten die Ortschaften Zbatjasow und Wzilug, westlich von Wladimir Wolynsk. Westlich von Kowel wurde Naszjewow von den Polen besetzt. An der Gniela-Linie, südlich von Lemberg, haben nach Heranführung von Verstärkungen Gegenangriffe der Bolschewisten eingeseht.

Vorbereitungen einer neuen russischen Offensiv

Berlin, 14. Sept. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß Trotzki die Führung eines Winterfeldzugs gegen Polen in großem Stil plant. Er organisiert zu diesem Zwecke neue rote Heere an der Berezina und am oberen Dnjepr.

em Dolmetscher
en 4, in Unter-
nd in Tübingen

ubwürdig ver-
eulich noch um
gen Einwohner
sch, daß ihm
h in die höher
er daran tat,
ndes Kalb zur

genamt erläßt
legenheit. Es
be nimmt täg-
des Handwerks
mihlft, kann
ende Ausbese-
Gebäude lange
ur Ausführung
be, dem Hand-
Beschäftigungs-
berweitig volle

efigen Bahnhof
ch Lag na h m k
Station Mehr-
orden sind und

Donnerstag.
Hochdruck all-
tag ist zunch-
en.

m a n n, Calw.
ruderei, Calw.

1920

ufträge in
ten

Böblingen,
enfeilen
ch, auch werden
ngestellte
m a c h t.
b Schönhardt,
selgasse 206.

ür ein 16jähriges
bchen
telle.
ater Gugeler,
tammheim.

, williges

bchen
gen Eintritt
sucht.
Frau Wochele,
ederhandlung.

gtes, trockenes
mholz
zu Mk. 70.—
ort geliefert
werden
er, Sägewerk
irjau.

schreiben
bogen
Sie rasch in der
schlagger sehen
uckerei Calw.

Die französischen Absichten in Rußland.

Frankfurt a. M., 13. Sept. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Stockholm: Eine Reihe von Anzeichen deutet darauf hin, daß Frankreich einen neuen Schlag gegen Sowjetrußland vorbereite, dessen erstes Ziel die Eroberung der getreidereichen Ukraine sein wird. Das französische Ultimatum über die Freilassung der in Rußland befindlichen Franzosen wird die formelle Grundlage für das Vorgehen der französischen Flotte und der französischen Truppen an der Küste des Schwarzen Meeres bieten. Mit diesem Plane steht auch die Umgruppierung der Wrangelschen Truppen im Zusammenhang. Die scheinbare Ruhe an der polnisch-russischen Front wird nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein neuer starker Stoß bevorsteht. Die Munitionstransporte nach Polen werden mit größter Eile betrieben und auch in Rußland wird an der Verstärkung des Heeres eifrig gearbeitet.

Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen.

Kopenhagen, 14. Sept. Nach einer Kownoer Meldung ist der Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen in Kraft getreten.

Frieden zwischen Rußland und Litauen.

Helsingfors, 14. Sept. (Havas.) Die russische Regierung hat am 10. September den Friedensvertrag mit Litauen ratifiziert.

Die Russen kommen zur Friedenskonferenz.

Paris, 15. Sept. (Havas.) Ein vom 13. September datiertes Radiogramm aus Moskau besagt, daß die russische Friedensdelegation am 12. September in Riga eingetroffen ist. Die polnische Delegation wird erst am 16. September eintreffen.

Russische Mitteilungen über die Friedensbereitschaft der Ukraine, Rumäniens und Persiens.

Moskau, 14. Sept. (Durch Funkpruch.) Der polnische Minister des Äußeren hat dem Volkskommissar Tschitscherin durch Funkpruch mitgeteilt, daß Andree Liwidij, der Vorsitzende der ukrainischen diplomatischen Mission in Polen, ihm den Vorschlag machte, die Friedensverhandlungen zwischen der Sowjetdelegation der sozialistischen förderativen Sowjetrepublik Rußland und einer Delegation der Regierung der demokratischen Republik der Ukraine in Riga zu eröffnen. — Die rumänische Regierung hat auf den neuen Friedensvorschlag der Sowjetregierung geantwortet, daß auch sie die Herstellung friedlicher freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland wünsche und in kurzer Zeit ihre Vorschläge über die Bedingungen eines Uebereinkommens mitteilen werde. — Dem Geschäftsträger Persiens, Chaffar Khan, ist mitgeteilt worden, daß man der ange kündigten Ankunft des Gesandten Meszar Saltanek in Moskau mit großer Genugtuung entgegenstehe. Die russische Sowjetregierung versichert erneut, daß sie sich nie in die inneren Kämpfe in Persien einmischen werde. Gegenteilige Behauptungen müßten auf Mißverständnissen oder Böswilligkeit beruhen.

Oberschlesien.

Die Berliner Presse zur Lage.

* Berlin, 14. Sept. Zu der Not der Deutschen in Oberschlesien wird dem „Berl. Tageblatt“ geschrieben: Die öffentliche Sicherheit in Oberschlesien kann erst dann wieder hergestellt werden, wenn die französischen Beamten entfernt werden, welche das polnische Bandenwesen begünstigt haben. — Im „Vorwärts“ wird mitgeteilt, daß die Befürchtungen eines neuen Polenputsches zwar übertrieben sein könnten, solange aber die Entente sich nicht entschließt, einen festen Abstimmungstermin anzusetzen, solange auch die Nervosität und Unruhe in Oberschlesien andauern. — In einer Zuschrift an den „Vorwärts“ aus Oberschlesien heißt es: Von deutscher Seite wird mit allen Kräften auf die allgemeine Beruhigung und die Vermeidung neuen Blutvergießens hingearbeitet. Leider werden diese Bemühungen nicht nur durch das Vorgehen der Polen, sondern durch die immer wieder zutage tretende antideutsche Parteilichkeit der Franzosen durchkreuzt. — Die „Germania“ hält es für unbedingt notwendig, daß der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Reichstags, der sich in seiner nächsten Sitzung mit der ober-schlesischen Frage befassen wolle, nicht erst Ende dieses Monats zusammentritt. Das Blatt wünscht, daß der Ausschuß der schweren Gefahr, in der sich die Provinz befinde, durch unverzügliche Anberaumung des Sitzungstages auf einen möglichst nahen Termin Rechnung trage.

Polnische Heuchelei.

Beuthen i. O., 14. Sept. Die polnische Berufsvereinigung und der polnische Zentral-Vereinsverband erließen einen Aufruf an die polnische Bevölkerung, der sich mit den neuerlichen Gerüchten über einen Putsch beschäftigt. Der Aufruf mahnt zur Wachsamkeit und warnt vor kommunistischen und alldeutschen Agitatoren. Den Bergarbeitern würden in Gemäßheit der Mittel die Streiktage bezahlt werden.

Beuthen i. O., 14. Sept. Korfanth richtet heute einen längeren Aufruf an die Bevölkerung Oberschlesiens, der an die neuerlichen beunruhigenden Nachrichten anknüpft und hierfür in erster Linie die Presse verantwortlich macht. In dem Aufruf heißt es: Wir wären längst zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt, wenn nicht die alldeutschen Machinationen dem entgegenarbeiteten. Weiter wird die polnische Bevölkerung aufgefordert, Ruhe und Besonnenheit zu wahren und die kommunistischen und alldeutschen Agitatoren abzufassen und den interalliierten Behörden abzuliefern. Der zweite Teil des Aufrufs beschäftigte sich mit angeblichen Versuchen, die polnische Bevölkerung gegen die italienischen Besatzungstruppen aufzureizen und einen Gegenangriff zwischen den französischen und italienischen Truppen zu konstruieren. Den italienischen Truppen und Behörden sei überall die gleiche Freundlichkeit, wie den französischen entgegenzubringen. Am Schluß heißt es: Wer die Ruhe und Ordnung stört, trägt zur Verschiebung des Termins der Volksabstimmung bei. Oberschlesien ist polnisches Land und bildet geistig und moralisch bereits einen Teil der freien Republik Polen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Handel mit Wiederkäuern und Schweinen.

Infolge immer größerer Ausdehnung der Maul- und Klauenseuche im Bezirk Calw wird auf Grund des Viehseuchengesetzes mit sofortiger Wirkung jeder Handel mit Vieh und Schweinen für den Bezirk Calw verboten. Insbesondere gilt dies auch für Vieh und Schweine, die von Händlern aus anderen Bezirken eingeführt und in Gastställen eingestellt werden. Vieh, das zum Schlachten eingeführt wird, muß unter Aufsicht der Ortspolizeibehörde sofort getötet werden.

Jede Verletzung gegen die oberamtlichen Anordnungen über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche wird rücksichtslos der Staatsanwaltschaft zur Bestrafung angezeigt werden.

Calw, den 10. September 1920.

Oberamt: Bögel, Ammann A.B.

Das polnische Mordsystem.

Beuthen, i. O., 14. Sept. In Radzionka ist der Landjäger Golle, der Vertrauensmann des Verbandes heimattreuer Oberschlesier, von unbekanntem Täter erschossen worden.

Zur äußeren Lage.

Moresnet gegen die Verwelschung.

(W.B.) Berlin, 14. Sept. Aus dem bisher unter dem Namen Neutral-Moresnet bekannten Ländchen, das durch den Friedensvertrag ohne Volksabstimmung Belgien zugesprochen worden ist, ist der Reichsregierung eine Petition zugegangen, in der die Bewohner über ihre jetzige Lage, über die Verschlechterung in bezug auf Sozialversicherung und steuerliche Verhältnisse und namentlich darüber Beschwerde führen, daß ihnen das Recht der Selbstbestimmung verweigert worden ist. Die Gesuchsteller bitten inständig darum, aus dem jetzigen Zustande erlöset zu werden. Sie wollen deutsch bleiben und versichern, daß bei einer Abstimmung nicht nur alle Deutschen, die die Mehrzahl der Bewohner ausmachen, sondern auch die meisten Holländer und Neutrales für Deutschland stimmen würden. In zweiter Linie wünschen sie neutral zu bleiben. Keinesfalls aber wollen sie belgisch werden. Dem Gesuch sind Listen mit zahlreichen Unterschriften beigelegt, unter denen sich nicht nur Deutsche, sondern auch Holländer, Neutrales und sogar ein Belgier befinden.

Die Schweiz im Banne der Franzosen.

Bern, 14. Sept. Da der französische Ministerpräsident seinen Aufenthalt in Lausanne am Mittwoch bis abends 9.30 Uhr verlängert, wird der Bundesrat ihm zu Ehren ein Essen geben, an dem der schweizerische Gesandte in Paris und der Chef der politischen Abteilung, sowie Vertreter der Waadtländer und Lausanner Behörden teilnehmen werden.

Eine englische Stimme

über das französisch-belgische Bündnis.

Amsterdam, 13. Sept. „Westminster Gazette“ drückt ihr Bedauern darüber aus, daß Frankreich und Belgien nicht die Absicht haben, ihre Militärabkommen dem Völkerverbund vorzulegen. Das Blatt schreibt, es sei eine Lebensfrage für den Völkerverbund, daß er nicht umgangen und überlistet werde. Die französische und die belgische Regierung würden den schwersten Präzedenzfall schaffen, wenn sie bei der ersten und besten Gelegenheit keine Notiz von den klaren Zielen des Bundes nähmen. Sie seien es sich selbst und den Grundsätzen schuldig, alle derartigen Abkommen zu veröffentlichen und sofort der Genehmigung des Völkerverbunds zu unterbreiten.

Ein ungarisches Dementi.

Budapest, 13. Sept. Gegenüber den im Auslande verbreiteten Gerüchten, wonach Ungarn im Einvernehmen mit Frankreich eine militärische Intervention gegen Oesterreich vorbereite, stellt das „Ung. Tel.“ und „Korr.-Bur.“ auf Grund verlässlicher Informationen fest, daß diese Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen sind. — Daß Frankreich die Beziehungen Oesterreichs und Ungarns zu stören sucht, erscheint uns außer Zweifel.

Ausland.

Neuwahlen in England.

Paris, 13. Sept. (Havas.) Der Londoner Korrespondent des „Temps“ meldet seinem Blatt, er glaube zu wissen, daß die Generalwahlen in England voraussichtlich im Laufe des November stattfinden würden. Lloyd George sei der Ansicht, daß die zwischen der Regierung und der Labour-Party, die indirekt durch Moskau unterstützt werde, entstandenen Schwierigkeiten eine neue Befragung des Volkes erforderten.

Der irische Freiheitskampf.

Paris, 14. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus London ist heute früh der Postzug, der die gesamte englische Post für Lublin und Cork enthielt, überfallen worden. Die Post wurde weggenommen.

Unveränderter Zustand in der italienischen Arbeiterbewegung.

Rom, 15. Sept. In Mailand ist die Lage unverändert. Gestern fand eine Konferenz des Ausschusses der Industriellen statt. Der Präfekt empfing die sozialistischen Abgeordneten L'Aragonan und Baldesti. Die sozialistisch-parlamentarische Gruppe ernannte eine Kommission, die beauftragt wurde, im Einvernehmen mit der Parteileitung den Gesetzentwurf über die Kontrolle der Fabriken, der der Kammer zugehen wird, zu prüfen. Dem „Messaggero“ wird aus Mailand gemeldet, daß in der Nacht zum Dienstag gegen die Fenster der Druckerei des „Avanti“ Revolvergeschüsse abgegeben wurden. Verletzt wurde niemand.

Paris, 15. Sept. Nach einer Radiomeldung aus Rom haben 3000 Mailänder Industrielle eine Tagesordnung angenommen, in der sie die Industriellen auffordern, die Bedin-

gungen des Arbeiterverbandes abzulehnen und den Kampf bis zum äußersten zu führen.

Deutschland.

Für bessere Anlieferung des Brotgetreides.

Berlin, 15. Sept. Die Reichsparteien wenden sich in einem Aufruf an ihre Freunde im Lande, um festzustellen, daß bisher die Anlieferung des Brotgetreides nicht in dem erforderlichen Maße erfolgt ist. Pflicht aller Landwirte sei es, ihrerseits dafür zu sorgen, daß unter allen Umständen durch entsprechende Anlieferung die Brotversorgung für die nächsten Monate gesichert und eine gewisse Reserve für kommende Fälle vorhanden sei.

Die amerikanischen Milchkuhe.

Berlin, 15. Sept. Die mehrfach verbreiteten Nachrichten, daß ein Transport der von Amerika gestifteten 2500 Milchkuhe bereits nach Deutschland unterwegs sei, ist verschiedenen Morgenblättern zufolge, nicht zutreffend. Der erste Transport wird voraussichtlich erst anfangs Oktober erfolgen können.

Gegen die Steuerhinterziehung.

Berlin, 15. Sept. In der hessischen Kammer ging von sozialdemokratischer Seite ein Antrag gegen die Steuerhinterziehung ein, nach dem sofort andere Zahlungsmittel geschaffen und das bisherige Geld eingezogen werden soll.

Die deutschen Gewerkschaften für Einreiseerlaubnis an die russische Arbeiterabordnung.

Berlin, 15. Sept. Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ging vom Vorstand des Ortsausschusses der Gewerkschaften in Hamburg-Altona folgendes dringendes Telegramm zu: Delegation der allgemeinen russischen Gewerkschaft wird nach Mitteilungen die Einreiseerlaubnis in Deutschland teilweise verweigert. Hiesiger Ortsauschluß verlangt, daß Gewerkschaftsbund aus grundsätzlichen Gründen die Einreiseerlaubnis für alle Delegierten erwirkt und ersucht, beim Außenministerium sofort entsprechend einzuschreiten. — Wie die „Freiheit“ schreibt, fordert die deutsche Arbeiterschaft die Einreiseerlaubnis für der Abgesandten der russischen Arbeiterschaft.

Gegen kommunistische Volksverhöhnung.

* München, 14. Sept. Auf dem Ostbahnhof wurde am Sonntag nach Ankunft eines Zuges der kommunistische Abg. Eisenberger in dem Moment verhaftet, als er den Zug verlassen hatte. Eisenberger hatte am Sonntag in Troßberg in einer kommunistischen Versammlung gesprochen und dort Gehreben gehalten. Die Verhaftung erfolgte wegen Aufreizung zum Klassenkampf.

Arbeitslosendemonstration.

Berlin, 14. Sept. Wie das Tageblatt meldet, zogen heute vormittag etwa 5000 demonstrierende Arbeitslose mit roten Fahnen zur Arbeitslosenstelle in der Klosterstraße, forderten dort stürmisch die Abhebung des Arbeitslosenrates und vertrieben ihn schließlich gewaltsam aus seinen Diensträumen. Der Zug bewegte sich sodann zu den Werken der A.E.G. in der Brunnenstraße. Es mußten umfangreiche Absperrungen vorgenommen werden.

Politische Ehrabschneiderei.

* Berlin, 13. Sept. Wie das „Achtuhr-Abendblatt“ erfährt, ist Erich Prinz, der im Prozeß Scheidemann-Sklarz als einer der Hauptbelastungszeugen gegen Scheidemann aufgetreten war, heute mittag in Berlin verhaftet worden, da er der Fälschung des Mordauftrags gegen Viehnicht und Rosa Luxemburg überführt wurde. Seine Braut legte bei einem polizeilichen Verhör das Geständnis ab, daß Prinz ihr den Mordauftrag diktiert und in ihrer Gegenwart die Namen Scheidemann und Georg Sklarz' daruntergezeichnet habe.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. September 1920.

Ankauf des Müller'schen Anwesens durch die Stadt.

Bei der Versteigerung am Montag wurde den Vertretern der Stadtverwaltung das Anwesen des verst. Medizinalrats Dr. Müller um den Preis von 89 000 Mark zugeschlagen. Der Gemeinderat hatte sich vor der Versteigerung nach zu einer letzten Besprechung zusammengesunden. Wie aus dem letzten Gemeinderatsbericht hervorgeht waren die Meinungen stark geteilt. Auf der einen Seite wurde die Wohnungsnot und die Notwendigkeit der Erhaltung des Gebäudes mit anschließendem Plaque geltend gemacht, auf der anderen Seite fand man den Preis zu hoch, weil an eine Verzinsung der Anlage nicht zu denken sei. Durch das Stadtbauamt war in Kürze ein Projekt für die Verwendung des Anwesens ausgearbeitet worden. Danach könnte der Dachstock des Gebäudes, der noch nicht ausgebaut ist, in zwei Dreizimmer-Wohnungen umgebaut werden. Die bisherigen Räume sollen so bleiben wie sie sind. Im mittleren Stock, in dem sich sechs Zimmer befinden, könnten durch Einbau einer Küche zwei Dreizimmer-Wohnungen erstellt werden. Der Garten soll für einen späteren Flügelbau zum Rektoratsgebäude verwendet werden, in den sich 5 Schulstühle und eine Schuldienerwohnung sowie zwei Lehrerzimmer einbauen ließen. Der Anbau soll so gehalten sein, daß eine Beinträchtigung der Nachbarschaft nicht erfolgt. Der Gemeinderat war bei seinem Entschlusse, der mit 10 gegen 6 Stimmen erfolgte, auch von der Auffassung ausgegangen, daß die Einrichtung eines Gewerbebetriebes in der Umgebung von öffentlichen Gebäuden vermieden werden sollte, und daß letzten Endes der obengenannte Preis im Hinblick auf die heutigen Verhältnisse durchaus angemessen sei.

Mitmaßliches Wetter am Donnerstag und Freitag.

Der Hochdruck hat sich aufgelöst. Schwache Störungen bringen mehrfach unbeständiges Wetter ohne erhebliche Niederschläge

Eisenbahnunfall.

(S.C.B.) Wildberg, D.-A. Nagold, 14. Sept. Beim Rangieren des Mittagszuges kam der 26 Jahre alte Hilfs- wäter Georg Hagel von hier unter die Räder und wurde zermalmt. Erst vor kurzer Zeit wurde dem Ver- unglückten das einzige Kind beerdigt.

Beginn der Schiedsgerichtsverhandlungen wegen der Entlassungen nach dem Generalstreik.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Sept. Das durch die Vereinbarun- gen zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierung ge- schaffene Schiedsgericht, das die Einsprüche der nach dem Ge- neralstreik Entlassenen zu behandeln hat, trat heute im Arbeits- ministerium zusammen. Von Arbeiterseite sind Mitglieder dieses Schiedsgerichts Baurat Fischer und Direktor Dr. Jungmans von den Norma-Werten, von Seiten der Arbeitnehmer Melcher und Weimer vom Metallarbeiterverband. Den Vorsitz führt Oberlandesgerichtsrat Haber. Das Schiedsgericht behandelte die Einsprüche der Rückwiedereingestellten. Es wird aber mehrere Tage brauchen um diese alle zu erledigen. Am Vor- mittag kam zunächst der Einspruch des Arbeiters Schenawski vom Boshwerk in Feuerbach zur Verhandlung. In mündlicher Erörterung gab der Betriebsleiter des Boshwerks eine Dar- stellung über die Verfehlungen Schenawskis, worauf dieser ein- gehend erwiderte. Das Schiedsgericht verwarf hierauf den eingelegten Einspruch, weil Schenawski seinen Pflichten als Betriebsrat zuwider gehandelt, einen starken Druck auf den Betriebsleiter bei der Betriebsstilllegung am 28. August aus- geübt hat und weil er einer der Hauptheber gegen den Steuer- abzug war. Er drohte einmal, daß er demjenigen, der den Steuerabzug vornehme, mit einem Hammer auf den Kopf schlagen werde. Schon die erste Verhandlung gab ein Bild des Terrorismus der Arbeiterchaft im Boshwerk, wo häufig während der Arbeit wilde Versammlungen abgehalten wurden.

Die Verhandlungen mit Daimler.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Sept. Der Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses vom 10. d. Mts. ist von den Parteien heute angenommen worden. Die Mitglieder der sieben- köpfigen Arbeitervertretung und die Ersatzleute sind bereits bestimmt. Die Direktion wird mit dieser Vertretung am Mitt- woch vormittag 10 Uhr zusammentreten, um die Wiederauf- nahme des Betriebs unverzüglich in die Wege zu leiten. Die Durchführung der Vereinbarung hat den Abschluß eines entspre- chenden Abkommens mit der Angestelltenchaft zur Voraus- setzung. Zu diesem Zweck findet am Dienstag eine Besprechung der Parteien vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses hier statt. Der Wortlaut der Vereinbarung ist folgender: 1. Die Firma wird den Betrieb ihres Hauptwertes Unterfück- heim baldmöglichst eröffnen. Die Wochenarbeitszeit beträgt gemäß Kollektivabkommen 46 Stunden. Mit Rücksicht auf die augenblicklichen Verhältnisse wird einstweilen die Wochen- arbeitszeit auf 40 Stunden gekürzt und verteilt sich auf Montag bis Freitag. Der Anfang der Wiederaufnahme des Betriebs, die Zahl und Auswahl der wieder einzustellenden Ar- beiter wird von der Direktion mit der in Ziffer 2 genannten Arbeitnehmervertretung bestimmt. — 2. Zur Durchführung der Wiedereinstellung der Arbeiterchaft wird eine siebenköpfige Vertretung beigezogen, bestehend aus 4 Vertretern des jetz- herigen Arbeiterrats, zwei Vertretern des Metallarbeiterver- bands und einem Vertreter, der von dem Hirsch-Dunderschen Metallarbeiterverein und den christlichen Metallarbeiterverbän- den gemeinsam bestellt wird. Die Vertreter des früheren Ar- beiterrats werden von der Direktion unter Berücksichtigung der verschiedenen Betriebsabteilungen berufen. Für die 4 aus dem Arbeiterrat berufenen Mitglieder der siebenköpfigen Vertretung werden von der Direktion ebensovielen Ersatzleute aus dem Ar- beitererrat berufen. Die Vertreter der Verbände dürfen nicht dem früheren Betriebsrat angehören. Die Mitwirkung dieser sieben- köpfigen Vertretung erfolgt in jünngemäßer Anwendung des § 74 des Betriebsvertrages. — 3. Die Neueinstellung der Arbeiter erfolgt auf der Grundlage des Kollektivabkommens für die Metallindustrie vom 11. Oktober 1919 und der zwischen den beiden Organisationen vereinbarten Nachträge mit den vor- der Stilllegung des Werks gereichten Lohnsätzen. Das Dienst- alter gilt nicht als durch die Stilllegung des Werks unterbrochen. — 4. Vorstehende Vereinbarung gilt für die Daimler Motoren- gesellschaft nur unter dem Vorbehalt, daß ein analoges Abkom- men zwischen der Firma und den Angestellten zustande kommt.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Sept. Vor dem Schlichtungs- ausschuss wurden heute auch die Verhandlungen mit den Vertretern der Angestellten abgeschlossen. Die Abmachungen entsprechen den mit der Arbeiterchaft getroffenen Vereinbarungen. Ueber die Wiederaufnahme des Betriebs wird am Mittwoch ver- handelt.

Liebenzell, 15. Sept. (Sitzung des Gemeinderats.) 2 Beschwerden über den Anschlag der Feuerwehragaben werden er- ledigt und der Betrag in beiden Fällen um je 4 M. ermäßigt. — Das Gesuch des Forstwarts Maß z. Kaffeehof zum Betrieb der Kaffeewirtschaft wird befürwortet. — Ein Baugesuch der Lieben- zeller Mission zur Erstellung eines Gebäudes für den Schriftenerlag mit Verwalterwohnung an der Brüderrstraße unterhalb des Missions- gebäudes wird genehmigt. — Hierauf teilt der Vorsitzende mit, daß für Behebung der verursachten Wasserschäden bis heute 83 244 M. verausgabt wurden und nach Schätzung noch ungefähr 25 000 M. in Aussicht zu nehmen seien und berichtet über seinen Besuch beim Ministerium betr. eines Staatsbeitrags zu diesen Arbeiten. — Nach- Mitteilung ist für den hiesigen Schulhausneubau mit Lehrerwohnung ein Betrag von 2 400 000 M. in den Etat eingestellt.

Bad Liebenzell, 14. Aug. Begünstigt vom schönsten Wetter fand letzten Sonntag in den Kuranlagen ein Schau- und Wett- turnen der hiesigen Turnerschaft statt. Der Ehrenvorstand, Stadtschultheiß Müllen, begrüßte die Gäste, indem er her-

vorhob, von welcher Wichtigkeit das Turnen in der gegenwärtigen und kommenden Zeit für das heranwachsende Geschlecht sein und forderte Turner und Turnerinnen auf, der edlen Turnerei treu zu bleiben. Die tollert durchgeführten Frei- und Geräteübungen zeigten, daß im Laufe des Sommers recht tüchtig geübt wurde. Ganz besonders schöne Leistungen hatte auch die Damenriege zu verzeichnen. Möge dieser schöne Erfolg dem Verein ein neuer Ansporn sein zu tüchtiger Weiterarbeit!

(S.C.B.) Gerlingen (D.A. Leonberg), 14. Sept. Ein hiesiger Bäckermeister hat seinen ansehnlichen Papiergeldvorrat im Keller aufbewahrt. Die Ratten haben 18 000 M. vollständig zernagt und vernichtet.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Sept. Als Führer des Autos, das in der Ludwigsburger Straße einen 51 Jahre alten Hilfsmonteur des Elektrizitätswerts überfuhr und den Mann tot auf der Straße liegen ließ, wurde der 24jährige Emil Binder, In- haber einer öffentlichen Kraftdroschke, ermittelt. Er suchte sich der Feststellung seiner Person zu entziehen, indem er auf einem Umweg nach Hause fuhr und seinen Kraftwagen sofort gründ- lich reinigte. Er ist wegen jahrlässiger Tötung festgenommen.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Sept. Im Laufe des Monats August fanden durch die Ententekommission wiederum eine Anzahl von Besichtigungen usw. statt. Es wurden u. a. besucht, eine Reihe badischer Fabriken, die militärischen Anlagen in Ulm, die Beschrotungsstellen in Ulm, Ebingen, Göppingen und Reibersgäußen, die Truppenteile und Versorgungsämter in Ludwigsburg, Heilbronn, Konstanz, Donaueschingen, Billingen, Rattweil, Horb und Ulm.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Sept. Bei einem hiesigen Postamt wurden zwei Hilfsbeamtinnen verhaftet, weil sie verdächtig sind, Schiebung mit Zahlsarten in Höhe von etwa 26 000 M. gemacht zu haben. Auch zwei Wertbriefe der landwirtsch. Ge- nossenschaftszentrale im Wert von 4000 Mark sollen ihres In- halts beraubt worden sein.

(S.C.B.) Rusterdingen, D.-A. Tübingen, 13. Sept. Am Samstag abend wurden die Mörder des Obsthüters Jakob Die- hold hier verhaftet. Es ist der Tagelöhner Georg Schwarz und die Mechanikersehefrau Christine Walker, beide von hier. Ein großer Teil der Einwohner- schaft versammelte sich nach der Verhaftung vor dem Rathaus, um Volksjustiz zu üben. Die Landjägersmannschaft konnte dies noch verhindern. Die Hausuntersuchung bei Schwarz brachte allerlei belastendes Material zu Tage. Die Walker hat ihrem kranken Ehemann in der fraglichen Nacht beim späten Nach- haufelommen geäußert, diesmal seien sie beim Obstholen ent- deckt worden, hätten dem Schützen aber eines aufgebrannt.

(S.C.B.) Tuttlingen, 14. Sept. Das Donaukraftwerk in Tübingen, das die Oberämter Tuttlingen, Spaichingen, Rott- weil und die benachbarten Orte Billingen, Donaueschingen, Stöckach, Meßkirch und Sigmaringen mit Licht und Kraft ver- sorgen soll, schreitet im Bau rüstig voran. Tag und Nacht wird an der Erweiterung des Elektrizitätswerts gearbeitet. Die Bauzeit dürfte sich aber auf 3 Jahre erstrecken.

(S.C.B.) Schwäigern, 14. Sept. Wie die Freie Bauern- und Mittelstandspartei bekannt gibt, wird in dieser Woche die Liste der Einkäufer herausgegeben, die im Laufe des letzten Jahres sich an den Weingärtnern veründigt haben sollen. Sie soll sehr umfangreich sein und in alle weinbautreibenden Gemeinden der Bezirke Bradenheim, Bessigheim, Heilbronn, Rehtarjulm, Weinsberg, Maulbronn und Baihingen a. E. ver- jandt werden.

(S.C.B.) Schwäigern, 14. Sept. Aus einem Viehtransport bezw. einem Stalle der Viehhandlung Behringer wurde in der Nacht auf Samstag eine Kuh im Einkaufswert von 7000 Mark gestohlen. Am Sonntag gelang es, den Dieb in Zuzenhausen bei Heidesberg festzunehmen und ihm die Kuh abzunehmen. Der Gaurer ist ein gewisser Adam Günster, Reformklubhörer aus Heidesberg. Der Bestohlene hatte auf die Ergreifung des Täters bezw. Wiederbeibringung des gestohlenen Tieres eine Belohnung von 1500 Mark ausgekelt.

(S.C.B.) Gsch Eslingen, 13. Sept. Das von fünf Familien bewohnte Wohnhaus des Schuhmachermeisters Klink ist teil- weise eingestürzt. Klink hatte, ohne die erforderlichen Hand- werksleute zuzuziehen, einen Keller im Untergeschoß seines Hauses gegraben und zu diesem Zweck die westliche Außenwand auf 10 Meter untergraben. Nach kurzer Zeit stürzte der west- liche Teil des Gebäudes in sich zusammen. Zum Glück hat der Nachbar vor dem Einsturz beobachtet, daß sich an der Wand starke Risse zeigten. Er veranlaßte deshalb die Bewohner, das Haus sofort zu verlassen, daß kein Unglück geschah.

(S.C.B.) Ulmungen, 14. Sept. Das Oberamt erläßt folgende Bekanntmachung: Wie zur Kenntnis des Oberamts gekommen ist, wird zurzeit Getreide und Mehl in größerem Um- fang, namentlich von Nichtbezirksangehörigen gehandelt. Bei den jetzigen Getreidepreisen darf wohl von den Landwir- ten erwartet werden, daß sie jedem Hamsterer im Interesse der allgemeinen Volksernährung die Tiere weisen, umso mehr als durch diesen Hamsterverkehr die Maul- und Klauen- seuche, die immer wieder von neuem auftritt, verbreitet wird. Die Landjäger und Polizeimannschaft ist angewiesen, jede gehamsterte Menge Getreide und Mehl abzunehmen und zu beschlagnahmen. Neben der Beschlagnahme erfolgt Anzeige an die Staatsanwaltschaft.

Der Kommunismus und seine wirtschaftlichen Folgen.

* Vergangenen Freitag sprach Herr Oberlehrer Müller (alte Handelsschule) im Auftrag des Handels- und Ge- wervereins im Dreißigen Saale über den „Kommuni- mus und seine Folgen“. Die Ausführungen des Redners waren einerseits von warmem vaterländischem Empfinden getragen,

andererseits waren sie darauf gerichtet, der kommunistischen An- schauungswelt sowohl im Hinblick auf ihre ideellen wie prakti- schen Auswirkungen entgegenzutreten. Die Versprechungen der Kommunisten hätten die breiten Massen betört, so daß sie nicht mehr sehen wollten, daß es heute um unsere Existenz-gehe. Der Kommunismus gehe von der Tatsache aus, daß infolge der Freiwirtschaft schärfste Kämpfe der Eignung und Habgucht ent- brennen, daß die einen immer mehr Güter an sich raffen auf Kosten anderer, daß zuguterletzt auf der einen Seite Millio- näre stehen, mit der Verfügung über Schlösser, ganze Provin- zen und Länder, mit wahnwitzigem Luxus, auf der anderen Seite aber unaufsehbare Proletariemassen zusammengetrieben werden, in Dachkammern und Kellern beheimatet, von früh bis spät zur harten Fron gezwungen. Zur Beseitigung dieser beiden Extreme wolle man zu einem Radikalmittel greifen durch Beseitigung der Freiwirtschaft und des Privateigentums. Die Gesellschaft, der Staat, solle sämt- liche Produktionsmittel übernehmen, solle alles an Grund und Boden, an Handel und Verkehr, an Industrie und Handwerk in eigene Verwaltung nehmen. Die Kommunisten fordern ent- schädigungslos Enteignung der Betriebe und Uebergabe in die Hände der Arbeiter und Angestellten, die in Gemeinschaft mit den allgemeinen Arbeiterräten die Betriebsangelegenheiten ord- nen, die Arbeitsverhältnisse regeln, die Art und Menge der Produktion bestimmen und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben. Alle Vermögen werden von einer be- stimmten Höhe an konfisziert, alle Lebensmittel sofort beschlag- nahmt, Grund und Boden werden enteignet. Es sollen also aller Besitz und alle Betriebe sozialisiert und in das Eigentum der Gesamtheit der Proletarier überführt werden. Dadurch glaube man, alle Willkür des Einzelwesens, alle Auswucherung des Privateigentums auszuschließen. Alle Volksgenossen er- hieltten so ihren Anteil, alle müßten aber auch ihren Anteil durch persönliche Arbeit verdienen. Das kommunistische Ideal sei praktisch schlechtweg undurchführbar. Die Annahme des Grundgesetzes von der Gleichheit aller Menschen sei ebenso wie in geistiger und seelischer Beziehung ein Irrtum. Die Kommuni- stien würden bei der Zuteilung von Arbeit an die Mitglieder des Zukunftsstaats vor allem an körperliche Arbeit denken, wie das russische Beispiel lehre; denn dort seien Schulen, Universi- täten, Bibliotheken und mit ihnen fast die gesamte Intelligenz ausgerottet. Und doch sei zum Fortschritt und Aufstieg der Menschheit mehr noch als die Arbeit der Hände die Arbeit des Geistes erforderlich; denn ohne geistige Arbeit wäre die gesamte geistige und seelische Entwicklung der Menschheit ausgeschlossen. Wenn die Privatwirtschaft aufgehoben würde, würden die für den Durchschnittsmenschen so wichtigen Antriebe des Fleißes, der Sparsamkeit, der Unternehmungslust, des Ehrgeizes, des Ehrgeizes und der vernünftigen Bewirtschaftung weggefallen. Die Aus- sichten auf die mit dem Privateigentum verbundenen persön- lichen Freiheiten und Gewinne, der Gehante an die Familie fördere die Lust zur Arbeit, veranlaßten den Unternehmer zur Vorsicht und Sparsamkeit. Verstaatlichung bedeute in vielen Fällen Verleuerung und Verschwendung. Der Mensch sei spar- sam und vorsichtig, solange es aus seinem Geldbeutel gehe. Die Verstaatlichung würde einen großen Beamtenapparat er- fordern, eine Riesenzahl von Kommissionen und Aufsichts- beamten. Und so würden letzten Endes wieder Bevormundun- gen und Unterdrückungen schlimmster Art, selbst bei guten Eigenschaften der Leiter entstehen. Die Kommunisten wollen die Menschheit von einer Zentralstelle aus organisieren. Aber je mehr Zwangsorganisation, umso mehr Mechanisierung, je mehr Mechanisierung umso mehr Seelenmord durch Verödung und Vergewaltigung des Einzellebens. Das Ideal aller nor- malen Menschen sei tatsächlich nicht die staatliche Riesenfabrik und ihr Lohn, sondern das eigene Heim, der eigene Grund. Natürlich solle im heutigen Wirtschaftsleben auch nicht alles so bleiben wie bisher. Das Uebermaß der Freiheit, das sogar den Mißbrauch des Eigentums für sich in Anspruch nimmt, müsse beschnitten werden. Aber es sei Unsinn, alles Privateigentum zu beseitigen, da dies Vernichtung besser wirtschaftlicher und sitti- licher Werte bedeute. In einem gesunden Ausgleich der Besitz- und Persönlichkeitsrechte des Einzelnen mit den natürlichen Rechten der Allgemeinheit liege unser Heil. Unterdrückung des Privateigentums sei ein Hohn auf alles Organische, Natur- hafte und Seelische. Privateigentum habe es immer gegeben und werde es immer geben, wobei sich natürlich Ungleichheiten im Besitz nicht vermeiden lassen. Was erreicht werden könne, seien neue Anschauungen und Gesetze, die Abschaffung des römisch-jüdischen Rechts und die Erneuerung des christlich- germanischen Rechts, wonach das Eigentum ein Lehen Gottes sei, das man nur so gebrauchen dürfe, wie es die Gebote und das Wohl der Nebenmenschen verlangen. — Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Aus unserem Vorbericht ist noch zu berichten, daß der Meisterbrief Herrn Mechaniker Popp (nicht Bod) überreicht wurde.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Pebecco

verhindert bei regelmäßigem Gebrauch den Ansatz von Zahnstein und die Bildung von Säuren im Munde.

Probetuben versenden kostenfrei

P. Beiersdorf & Co., G.m.b.H. Hamburg 30.

Städt. Lebensmittel-Fürsorge.

1. Der auf Lebensmittelmarke Nr. 223 bestellte Käse kann gekauft werden, 1 Anteil 200 Gramm.

2. Morgen Donnerstag, 16. Septbr. vorm. von 8-12 Uhr werden auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 Fleischkonserven (Corned Beef) die Dose zu Mk. 5.80 ausgegeben, ferner Süßstofftabletten, die Schachtel zu Mk. 6.50.

3. Donnerstag nachmittags von 2-5 Uhr 1a spanischen Vollkorns, das Pfund zu Mark 5.—.

Kommunalverband Calw. Betreff: Süßstofftabletten

Der Kommunalverband hat noch Süßstofftabletten auf Lager, welche unter dem bisherigen Preis und zwar zu Mark 6.50 die Schachtel an die Bevölkerung abgegeben werden können.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, den Bedarf ihrer Gemeinde bis spätestens Montag, den 20. Septbr. dem Kommunalverband mitzuteilen.

Calw, den 11. September 1920.

Kommunalverband: Amtmann H. B. Bögel.

Hilfsausschuß für Kriegsgefangene! Anträge auf Gewährung einer wirtschaftlichen Beihilfe

von bereits aus Gefangenschaft heimgekehrten und aus dem Seeresdienst entlassenen Kriegsgefangenen sind bis spätestens 1. Oktober 1920 bei der unterzeichneten Stelle einzureichen. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Bezirks-Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge Calw.

Calw.

Die bei der Neuanlage der mittleren Friedhofabteilung abgängig gemordeten **Denkmalsteine und Grabeinlassungen** kommen am Freitag, den 17. September 1920 nachm. 5 Uhr meistbietend zum Verkauf.

Zusammenkunft beim Friedhof.

Den 14. September 1920.

Stadtpflege Frey.

Verkaufe (auch über die Straße) neuen Most

Mina Mezger.

Empfehle für die gegenwärtige Gebrauchszeit starke eingebundene **Kasserolle, billige Gefälzhäfen** sowie alle Sorten **schönes Hafnergeschirr.**

Große Auswahl! Billige Preise!

Albert Knoll,
Tonwarengeschäft, Altbürgerstraße.

Großes Lager in **Ulmer Pflügen**



Sonderpreise bei Lagerbezügen

Carl Herzog, Eisenhdlg., Calw.

Einige Waggons **prima Mostobst**

treffen nächster Tage ein und nimmt Bestellungen hierauf entgegen

Friederike Pfeiffer, Calw,
Vorstadt.

Altbulach.

Sonntag Abend ist mit mein **Schnauzer** mit Schlappohren abhanden gekommen. Ich bitte um Angaben über dessen Verbleib.

August Weber.

Dienstboten - Gesuche

haben in unserem Blatte (da ja der größte Teil der Auflage Verbreitung auf d. Lande findet) **gewünschten Erfolg!**

Einige getragene **Damenhüte** für Winter und Sommer, billig zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Einem gut erhaltenen **Rinderwagen** zu verkaufen.

Biergasse 130.

Zwei neue **Leiterwagen** einen Zweispänner-Wagen, und einen gut erhaltenen **Milchwagen** verkauft

Ehr. Stürner.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine spec. Krampf u. Rotlauf, z. Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte **Hirsch - Universal - Komposition.**

Niederlage in der **Neuen Apotheke Calw.**

Das beste Mittel gegen Lecksucht ist mein echter phosphorsaurer **Futterkalk Marke B.**

10 Pfd. Pak. M. 10.— ab hier 50 Pfd. Sack M. 45.— " 1.20

Verandgeschäft Schwarzwald-Freudenstadt Niederlage in Calw: Frau Calmbach, Zwinger 288.

Schöne, junge **Halbhunde** 2 R. und 2 H. zu verkaufen

Waldbaus Jakob, Liebenzell.

Einem Wurf ans Fressen gewöhnte **Milchschweine** verkauft

Friedrich Luz, Fr. Sohn, Deckenpfonn, Bohnengasse 35.

Verkaufe 6 junge **Kiesengänse.**

Friedrich Bürkle, Teinach.

Postkarten Adresskarten erhalten Sie rasch in der **A. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw.**

Unterernährte - Kinder und Erwachsene - erholen sich durch den **regelmäßigen Gebrauch** von **Dr. Deffer's Eiweiß-Nahrung**

Urfraft



Ärztlich empfohlen. Zu haben in Schachteln zu 5 und 10 Mark in Apotheken. Dr. gerien, wo nicht, wende man sich an **Ernährungswerke Deffer & Co. GmbH Bielefeld.**

Öffentl. Vortrag mit Lichtbildern von **Herrn Korvettenkapitän v. Mücke** am nächsten **Freitag, 17. September, abends 8 Uhr** im Saale des Gasthofs z. „Bad. Hof“ hier über **„Meine Heimkehr auf der Anesha“.**

Eintrittspreis 3 Mark.

Der Reinertrag ist für Zwecke der nationalen Jugendbewegung bestimmt.

Kein Wirtschaftsbetrieb. Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Calw der Württ. Bürgerpartei.

Private

Drucksachen aller Art, wie: Verlobungs- und Vermählungsanzeigen, Geburtsanzeigen, Tisch-Karten, Speisefolgen, Einladungen, Besuchskarten, Dankfagungen

liefern wir rasch

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei Calw

Überverkalkung, Schwindelanfälle, Herzbekehlungen, Angst- u. Schwächezustände. Berl. Sie kostenfrei. ausführl. Broschüre.

Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Str. 104a.

Mit der **Goldenen Medaille** wurden meine Arbeiten auf allen beschickten Ausstellungen ausgezeichnet.

Gerben von Fellen aller Art, alle Geweiharbeiten, Anfertigung von Fellvorlagen.

Ankauf von Fellen aller Art zu den höchsten Tagespreisen.

E. Maischhofer, Pforzheim Lindenstraße 52, Telefon 1501, moderne Tieraustopferei.

Kentheim, den 15. September 1920. Todes-Anzeige.

Christine Bühler, geb. Reichle,

Montag Nacht 12 Uhr, infolge eines Herzschlages, im 60. Lebensjahr aus dem Leben geschieden ist.

In tiefer Trauer: **der Gatte: Georg Bühler** mit seinen Kindern **Georg Bühler mit Frau Lina geb. Wahl; Christian Bühler; Wilhelm Bühler** und **Emma Bühler.**

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 2 Uhr in Kentheim statt.

Calw, 15. September 1920. Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe u. Teilnahme, welche wir während der langen Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben, unversehrlichen Mannes, unseres treubeforgten Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels **† Joh. Gg. Erhardt,** erfahren durften, für die liebevolle Pflege im Krankenhause, für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, auch von Seiten der Feuerwehr, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers sagen herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen: **die Gattin: Karoline Erhardt geb. Bizer** mit ihren 3 Kindern.

Heute Nachmittag von 2 Uhr ab wird auf dem Bahnhof Silberkraut abgegeben, der Zentr. 22 Mk. Spar- u. Consumverein.

Gärtringen. Mohn- u. Raps-Öl prima Qualität, hat fortwährend preiswert abzugeben

Wilhelm Guhl, Delmühle, Tel. 11.

Kaufe jedes Quantum Heu und Stroh.

Gottlieb Betsch, Althengstett.

Eine de Berlin, Abstimmung internationaler September deutsche Re und organ weis für di durch eine Danach gliedert, bi destens übe schaft, an d Juli 1920 bestehen a die sogenar der Haller-fahrt. Di bei dem Boden in E mit den po ganisation Tarnowitz, mächtigen. 10 000 Ma In en p l a n, no Streitkräfte gebiets her hin, daß e Kommission mungsgebü Vorbereitu Regierung, Kabinetten Schritte un

Berlin, Meldung d nischen Gel Oberstleutn Zigersti". den Herren einer neue girtsomma Anweisung, Bezirken b drei Rotten dere Sto auszuwähle mandanten die Drfscha setzen und mationen r Oberkomme

Berlin, der polnisch handelt sich Dokumente, empfiehlt schleunigung Zeit, daß d nationale R angetreten t stimmung s scheidung bu fen auch nu ten Verhält und die Ent ichtleit genor Verantwort Treiben der — Von pol sucht werden Indessen an